



Macht, Geld und Moral als Faktoren zur Schaffung einer Sozialen Ökologischen Marktwirtschaft

Für Bürger von Heute und Morgen:
Elemente eines zukunftstauglichen Welt- und Menschenbildes

38

Vorlesung von 13.2.2009 an der Humboldt-Universität zu Berlin
**Zusammenfassung, ausgearbeitet nach der Präsentation des Referenten
von Hans-Volker Pürschel**

Die Gliederung des Vortrags ergibt sich zwanglos aus einem Zitat von Auguste Comte:

« *Savoir pour prévoir, prévoir pour prévenir.* ».
„Wissen, um vorzuschauen, vorausschauen, um vorzusorgen.“

Auguste Comte (1798-1857): Mitbegründer einer ganzheitlichen Soziologie als Gesellschaftswissenschaft.

Einführendes Beispiel: Eine Molkerei mit 100 Mitarbeitern in Bützow (Mecklenburg-Vorpommern) wird 1998 von einem Konzern übernommen. Der erhält vom Land hohe Subventionen und garantiert für 7 Jahre die Arbeitsplätze. Nach deren Ablauf schließt er die Molkerei und drängt das Land erfolgreich zu erneuten Subventionen, um einen entsprechenden Betrieb weiter östlich wieder aufzumachen. Das Beispiel zeigt Macht und Ohnmacht, Macht des Geldes und eine marktradikale kapitalistische Moral.

1. Wissen

1.1. Allgemeine Begriffe und Zusammenhänge

Theorie mit dem Ziel einer Einordnung der Begriffe in den gesellschaftlichen Zusammenhang und in den Verlauf der menschlichen Entwicklung.

Macht wird als Überbegriff zu Herrschaft und Gewalt verstanden - Definitionen:

Macht ist die *Fähigkeit* eines Akteurs, seinen Willen auch gegen Widerstände anderer Akteure und gegen die Natur durchzusetzen.

Herrschaft ist *legitime Machtausübung* als Grundlage staatlicher Ordnung.

Gewalt ist eine unmoralische, ungesetzliche und/oder als grausam betrachtete *Machtausübung*.

Der Machtbegriff enthält keine Bewertung. Seine Vieldimensionalität erschwert die bewertende Trennung in legitime Herrschaft und illegitime Gewalt.

Entwicklung von **Machtformen**:

Persönliche Macht Einzelner aufgrund von Stärke, Intelligenz, Sprachgewandtheit,...(bei Jägern/Sammlern vor 10.000 Jahren).

Gruppenmacht durch gleichrangigen oder hierarchischen Zusammenschluss innerhalb einer größeren Gemeinschaft.

Erbliche Macht - entstand mit Sesshaftwerdung aufgrund von Besitz (Adel).

Verfügunngsmacht über knappe Güter (einschließlich Geld) und über Mittel zur Gewaltausübung (Polizei, Militär).

Community Power Structure

Der Begriff Macht weckt leicht negative Emotionen. Man sollte sich aber klar machen, dass durch geeignete Regeln bestimmte staatliche Macht unverzichtbare positive Wirkungen für ein funktionierendes Gemeinwesen hat.

Begrenzung von Macht durch Regeln:

räumliche Begrenzung (Territorialprinzip)

Das Prinzip begrenzte zwar Konflikte zwischen Territoriumsinnhabern und Eindringlingen, führte aber zu Kämpfen um Territorien und war insofern nicht ausreichend.

festgelegte Abhängigkeitsverhältnisse - z.B. Feudalismus als historische *und* aktuelle Organisationsform von Macht.

Zunftsystem als Organisationsform von Macht in der Wirtschaft.

Garantierte bis Anfang des 19. Jhs Anpassung der Produktionsmenge an den lokalen Markt. Mit der Gewerbefreiheit wurde Verkauf von Gütern aus Massenproduktion in großen Territorien möglich.

Höhepunkt der Machtkonzentration im Absolutismus: „Der Staat bin ich.“

Dieser Exzess der Machtausübung war Anlass zur Entwicklung von neuen Formen der Machtausübung.

Neuzeitliche Formen von Machtausübung in Gesellschaften:

Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive, Judikative)

Demokratie (ist neuzeitlich abgesehen von der kurzen Demokratie in Athen und frühen Ansätzen in der Schweizer Eidgenossenschaft).

1.1.2 Geld

Geld ist allgemeines *Tauschmittel* in einer *arbeitsteiligen* Gesellschaft mit den weiteren Funktionen *Wertmaßstab* und *Wertaufbewahrung*.

Erfüllung der Hauptfunktion beruht auf erzwungener oder freiwilliger *Akzeptanz*.

Arten: Warengeld, Kreditgeld, Giralgeld; Regional- oder Komplementärgeld (s.u.)

Geldschöpfung durch Zentralbank und Geschäftsbanken.

Die *Zentralbank* ist gesamtwirtschaftlichen Zielen verpflichtet - *Geschäftsbanken* sind es nicht: Kreditbanken sind von Gewinn*optimierung* zu Gewinn*maximierung* übergegangen; Sparkassen betreuen regionale Privathaushalte und mittelständische Unternehmen; Genossenschaftsbanken sind regionalen Anteilseignern und Kunden verpflichtet.

Geldmacht resultiert aus der Verfügungsmacht über das knappe und begehrte Gut „Geld“.

Rolle von Geld in der modernen Gesellschaft:

Zielgröße zahlreicher individueller und institutioneller Aktivitäten,

Bewertungsmittel: Monetarisierung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)

Regional- oder Komplementärgeld in D

Der „Berliner Wertgutschein“: Umtausch aus € mit Bonus in Berliner, Rücktausch gegen Gebühr, mit negativem Zins (nach 6 Monaten 2 % Abschlag)

Chiemgauer (Priem am Chiemsee), Roland (Bremen)

Regiogelder in den deutschen Projekten sind „Umtauschgeld“, da sie nur durch Umtausch gegen Euro geschaffen werden. Die folgenden Projekte beinhalten Geldschöpfung über das Zentralbankgeld hinaus, wodurch zusätzliche wichtige Funktionen erfüllt werden.

Historische und ausländische Projekte

Wörgl, Österreich, 1932-33: „Arbeitsbestätigungsscheine“ = Arbeitswertscheine = Wörgler Freigeld;

ähnliche Ansätze 1932-33 in den USA;

beide trotz spektakulärer Erfolge von den jeweiligen Regierungen aus machtpolitischen Gründen verboten.

Curitiba: Müll sortieren und Ausgabe von Busfahrtscheinen als Anfang für ein städtisches Entwicklungsprogramm

Time Dollars in USA ab 1986

LETS = Local Exchange Trading System: in Kanada (ab 1983) und später in GB.

WIR in der Schweiz: WIRtschaftsring-Genossenschaft, 1 WIR = 1 CHF, seit 1935; Tausch- und Kreditring zwischen den 80.000 Mitgliedern (ausschließlich Unternehmen) und einem Jahresumsatz 2002 von 1,7 Mrd. CHF (Lietaer, S. 292; Kennedy, Lietaer, S. 114)

Japan: ein Beispiel aus vielen: Fureai Kippu – ein Verrechnungssystem für Pflegeleistungen für Senioren, Kombinationen mit Entlohnung in Zentralbankgeld möglich. Gegründet von dem ehemaligen Justizminister Hotta-san (Kennedy, Lietaer, S. 173)

Vertrauen ist zentraler Faktor bei allen Projekten mit Komplementärwährungen.

1.1.3 Moral

Moral

Der Begriff Moral wird hier verwendet in der Bedeutung: *Wertsystem* einer Person oder einer Gesellschaft.

Bezogen auf alle Bereiche des menschlichen Lebens, meist mit Betonung einiger zentraler Werte (Ehre, Gesicht wahren, Karriere, Erfolg, Ehrlichkeit, Freundschaft, Solidarität, Treue, Glück, Spaß).

Aspekte:

von Personen als *Verpflichtung* empfunden, Nichtbefolgung mit *Sanktionen* belegt, eng mit herrschender *Religion* verbunden. *Verhalten* stark beeinflussender *Ursachenkomplex*, der d. *Charakter* e. Gesellschaft prägt.

Beispiele:

Solange vorgeschichtliche Moral Töten von Fremden tolerierte, waren Mauern, Palisaden, Waffentragen, Misstrauen gegen Gruppenfremde überlebensnotwendig.

Wertesysteme verschiedener Gruppen oder Gesellschaften unterscheiden sich (Kopfgängerei ist Teil eines Moralsystems).

Schwerpunkt der Moralentwicklung zu Hochkulturen: Töten von Mitmenschen wird zunehmend ausgeschlossen

sen (Ausnahme: Kriege) - durch schärfere Strafen und Ächtung des Tötens (vor 150 Jahren waren Duelle zwar schon verboten aber noch üblich in der Oberschicht).

Macht und Wertsystem:

Respektieren von gesellschaftlichen Machtpositionen und deren Trägern ist üblicherweise Teil der Moral und macht diese tendenziell konservativ. Moralvorstellungen können widersprüchlich sein: Der Freiheitsbergiff der klass. deutschen Literatur wirkte gegen Obrigkeitsdenken in der Nachkriegszeit bis zur Studentenbewegung 1968ff ...

Geld und Wertsystem:

Wucher war für Israels Propheten eine Schande. Geldverleih gegen Zinsen war Christen im Mittelalter verboten. Zinsverbot im Islam bis heute (mit Aufweichungen, Umgehungen).

Macht der Moral:

Wegen der bestimmtes Verhalten fördernden / unterdrückenden Wirkung ist Moral ein Machtfaktor. Moralvorstellungen können Machtpositionen zementieren oder infrage stellen.

Beispiel: Konflikte über Recht auf Abtreibung.

1.2 Macht, Geld und Moral in der BRD seit ihrer Gründung

Die BRD wurde gegründet auf den Trümmern des Machtmissbrauchs in der Diktatur des Nationalsozialismus. Diese Diktatur war insbesondere deshalb möglich geworden, weil in der Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. die Regierung bei der Kontrolle des Wirtschafts- und insbesondere des Geldsystems versagt hatte.

Im Grundgesetz zeugen von den Erfahrungen mit der Wirtschaftskrise insbesondere die Artikel 14,2 und 15:

„*Eigentum verpflichtet*. Sein Gebrauch soll auch dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

„Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel *können* zum Zweck der *Vergesellschaftung* durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

Der *Ordoliberalismus* von Walter Eucken, Ludwig Erhard und Müller-Armack sah vor, dass der Staat auf Grund seiner vom Volke verliehenen Macht eine funktionierende Wirtschaft sicherstellte und insbesondere für effizienten Wettbewerb und

für eine ethisch vertretbare Einkommensverteilung sorgte.

Insbesondere auf dieser Basis wurde in den 1960er und 1970er Jahren in Westdeutschland ein *Wohlfahrtsstaat* (Soziale Marktwirtschaft) und eine Mittelstandsgesellschaft geschaffen.

Mittelstandsgesellschaft: Die meisten Bürger *fühlten* sich dem Mittelstand zugehörig - Die Klassengesellschaft der 1920er war nicht mehr Teil der Selbstdefinition der meisten Bürger.

Geldpolitischer Rahmen: System von *Bretton Woods* - feste Wechselkurse, beschränkter internationaler Kapitalverkehr.

Westdeutsche Wirtschaftspolitik, westdeutscher Kapitalismus: gekennzeichnet durch *Korporatismus und Aushandeln von Kompromissen* zwischen Produktionswirtschaft, Banken, Gewerkschaften und Staat.

Wichtige Bausteine dieser Wirtschaftspolitik:

Mitbestimmung der Arbeitnehmer,

staatliche Beteiligungen (VW, Salzgitter AG),

Kapitalverflechtungen zwischen wichtigen deutschen Unternehmen.

Interaktionen der Interessenvertreter fanden insbesondere in Aufsichtsräten großer Firmen statt.

Umweltschutz war seit ca. 1975 wichtiges gesellschaftliches/politisches Anliegen, das mit Erfolgen vertreten wurde.

Bis in die 1980er wurde von deutschen Entscheidungsträgern Wert gelegt auf Beschäftigung möglichst vieler Arbeitskräfte. Profitraten waren geringer als im angelsächsischen Kapitalismus: Offener Gegensatz zum seit den 1980ern in USA und England vorherrschenden Shareholder Value.

Nach 1990 geriet auch die westdeutsche Variante der Marktwirtschaft, der sog. Rheinische Kapitalismus, in den Sog von angebotsorientierter Wirtschaftspolitik, Marktgläubigkeit, Deregulierung und Shareholder Value.

(Auch schon früher gab es in Deutschland Marktgläubigkeit, aber sie war politisch nicht so mächtig und deshalb nicht so umfassend wirksam.)

Wichtige Stichworte dazu:

Aufgabe des Gold-Standards durch die USA 1973, *Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs*, *flexible Wechselkurse*, Erleichterung von *Firmenübernahmen*, *Steuerreformen* zugunsten der Unternehmensgewinne mit der Folge von *staatlichen Finanzierungsschwierigkeiten*.

Konnte man in den 1960er/70er Jahren mit gewisser Berechtigung Wirtschaft als Veranstaltung zum Wohle aller ansehen, wurden nach 1990 Wirtschaft und Gesellschaft zum Kriegsschauplatz der Kapitalverwertung und Gewinnmaximierung. Aus Kundenberatern der Banken wurden Verkäufer riskanter Zertifikate, deren Einkommen von ihren Umsätzen abhing. Aus einfachen Bankkunden wurden Renditejäger, die über Risiken getäuscht wurden.

Aus der Mittelstandsgesellschaft wurden mehr und mehr Personen ausgegrenzt, das deutsche Gesellschaftsmodell verlor massiv an Vertrauen.

Mittelfristige Zunahme von Widersprüchen und Instabilitäten waren zwar absehbar. Die meisten Beobachter unterschätzten aber das Ausmaß an Unvernunft, Kurzfristdenken, Orientierung an Gewinnmaximierung, falschem Vertrauen auf große US-Banken und Rating Institutionen und die Krisenfolgen dieser Unverantwortlichkeiten.

Jetzt zeigt sich überdeutlich, dass Marktradikalismus, Deregulierung und Gewinnmaximierung nicht die wichtigsten Steuerungsprinzipien einer modernen Gesellschaft sein können.

Trotzdem scheint das Vertrauen wichtiger Politiker in gewinnmaximierende Marktprozesse ungebrochen: So verzichtet der Finanzminister auf Mitwirkungsmöglichkeiten beim Finanzgeba

International gab es zwei wichtige Konferenzen mit völlig unterschiedlichen Signalen:

1992 Rio Konferenz zu Umwelt und Entwicklung, Verabschiedung der Agenda 21;

1994 Konferenz von Marrakesch, Gründung der marktradikalen Welthandelsorganisation.

Marktradikalismus siegte über die nachhaltige Entwicklung.

Seitdem wird die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft mit dem *Vorrang der Gewinnmaximierung* gestaltet:

Bedeutungsgewinn von *Devisen- und Warenterminbörsen*.

Derivate als Ausdruck der Entkopplung von Produktionswirtschaft und Finanzwirtschaft.

Abbau von Kontrollen im Bankensektor.

Neue Kapitalsammelstellen (Hedgefonds und Private Equity Funds) ganz außerhalb des für Banken existierenden Kontrollsystems.

Schnellstmögliche *Privatisierung der DDR-Wirtschaft* - mit bekannten Folgen.

Ausbreitung einer sozialdarwinistischen „The winner takes it all“-Moral, die für den Normalbürger bedeutet „Der Ehrliche ist der Dumme“ (Titel eines Bestsellers).

Staatliche Macht wich zurück vor der Macht des Geldes. Der Staat galt als ineffizient. Dass auch große Privatfirmen zig Milliarden DM und € verloren, wenn sich Firmenübernahmen als unrentabel herausstellten, wurde dabei übersehen.

ren der Banken, obwohl diese mit 400 Mio € Bürgschaften vom Staat gerettet werden sollen. Und mit der von der Koalition mit 0,85% des BSP unglaublich niedrig angesetzten Schuldenbremse vergibt der Staat Handlungsmöglichkeiten zugunsten weltweit agierender Kapitalbesitzer.

2. Vorausschau: Status-quo Szenario für das nächste Jahrzehnt Wohin wird die Krise und werden die Maßnahmen führen, die von der Bundesregierung anvisiert oder vom Bundestag schon beschlossenen sind?

Öffentliche Diskussion und Regierungshandeln kreisen in Deutschland um Schrumpfung des BSP und Vermeidung dramatischer Arbeitsplatzverluste. Mittelfristige Folgen der Staatsverschuldung werden kaum diskutiert. Aber anders als in Japan (Staatsverschuldung vom 1.6-fachen des BSP) gilt Staatsverschuldung in Deutschland und der EU als „Sündenfall“ (s. Maastrichter Vertrag).

Prioritätensetzungen für ausgeglichenen Haushalt und Schuldentilgung ohne Steuererhöhung werden die Mittel zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben weiter reduzieren. Alle Bereiche öffentlicher Daseinsfürsorge und Zukunftssicherung werden betroffen sein.

Das Vertrauen der Bürger in Staat und Problemlösekapazität der Demokratie wird weiter sinken. Rechtsextreme Gruppierungen werden an Einfluss gewinnen.

3. Vorsorge: Lehren aus der Krise und Maßnahmen in der Krise zur Errichtung einer Sozialen Ökologischen Marktwirtschaft

Zwei *zentrale Bedingungen* für ein Umsteuern in der gegenwärtigen Krise:

(1) Der Staat muss in der Krise seine Macht, seine *Gestaltungsmöglichkeiten* dauerhaft ausweiten. Nur dann kann er nach der Krise verstärkt die Gesellschaft gestalten, damit sich nicht das obige Status-quo Szenario realisiert. - Das heißt:

Bei Rettungs- und Konsolidierungsprogrammen muss die Einflussmöglichkeit des Staates durch Beteiligung am den betroffenen Unternehmen sichergestellt werden. Reine Bürgschaften, die zu Belastungen des Staatskassen ohne Einflussmöglichkeit führen, sind abzulehnen.

Beunruhigende Begriffsverwirrung um staatliche Beteiligung und Verstaatlichung: Schon bei staatlicher Minderheitsbeteiligung wird verunglimpfend von „Verstaatlichung“ gesprochen, obwohl das keineswegs bedeutet, dass Beamte das Alltagsgeschäft eines Unternehmens führen oder beeinflussen. Sehr wohl könnte aber staatliche Mitsprache bei der Unternehmensplanung und bei Kreditvergabepraktiken der Banken soziale und ökologische Gemeinwohlinteressen besser sichern als bei rein privatwirtschaftlicher Entscheidungsfindung.

2) Wir müssen uns von Begriff, Mentalität, und Moral der Gewinnmaximierung, des Shareholder Value verabschieden. Statt dessen muss wieder eine Moral der *Gemeinwohlorientierung*, des *Interessenausgleichs*, des *Stakeholder Value* verbreitet werden.

Das ist zwar erst eine normative Aussage, deren Realisierung Millionen Schritte beinhalten wird. Aber dieses Ziel muss klar formuliert werden, wenn wir nicht letztlich doch bei der gescheiterten Moral der jüngsten Vergangenheit stehen bleiben wollen.

Das Ziel Soziale Ökologische Marktwirtschaft beinhaltet weiterhin:

Marktwirtschaft - innerhalb eines Systems der geteilten Macht, des staatlich beeinflussten Geldsystems und einer solidarischen Moral.

Zur inhaltlichen Gesamtausgestaltung einer Sozialen Ökologischen Marktwirtschaft folgenden Stichpunkte:

Staatseinnahmen

gerechteres Steuersystem, Tobinsteuer auf Finanztransaktionen, Steueroasen schließen

Wirtschaft

Mindestlohn, Mitbestimmung, Gewinnbeteiligung, Arbeitszeit an Arbeitsmarkt und Familiensituation anpassen, bei Krisen Wochenarbeitszeit verkürzen.

Vermögensverteilung

gerechter gestalten - nicht nur die Einkommensverteilung

Umweltschutz

gleichrangig mit wirtschaftlichen Zielen - insbes. bei Investitionen in Erneuerbare Energien

Bildungswesen

Persönlichkeitsentwicklung statt Ampassung an Auslesemechanismen fördern

Weltwirtschaft

Soziale und ökologische Ziele gleichrangig mit wirtschaftlichen Zielen in WTO verankern

Regionalwirtschaft

Rahmenbedingungen für Regionalwährungen nicht nur für Krisenzeiten schaffen

Macht gehört zum Grundbestand gesellschaftlicher Existenz des Menschen mit der Möglichkeit vernünftgemäßen Gebrauchs, aber auch dramatischen Missbrauchs.

Geld als unverzichtbares Tauschmittel in einer arbeitsteiligen Gesellschaft ist zu einem wirksamen Machtmittel geworden, das aber gesellschaftlicher Kontrolle zunehmend entglitten ist.

Moral als kulturelles Wertesystem gibt dem Einzelnen Hinweise, welche Handlungen richtig oder falsch sind, gesellschaftlich akzeptiert oder abgelehnt werden. Unter Einfluss unkontrollierten Geldstrebens kann sie zu Gier und Kurzsichtigkeit pervertieren.

Das Eingangsbeispiel - Schließung und Verlagerung einer Molkerei - könnte so in einer Sozialen Ökologischen Marktwirtschaft nicht vorkommen: Weder kämen eine solche rücksichtslose unternehmerische Geschäftspolitik, noch eine derart ohnmächtige staatliche Förderpolitik infrage.

4. Diskussion:

Pürschel: Die erwähnte Maßstabsfunktion von Geld wird durch die starke Abhängigkeit von Stimmungen am Markt untergraben. Wenn schon über Veränderungen am Geldsystem nachgedacht wird, sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, diese enorme Psychologieabhängigkeit des Systems einzuschränken - schließlich sind viele Menschen existenziell von diesem System abhängig.

Umbach: Präzedenzfall für solche Möglichkeiten waren die in USA und Europa garantierten Abnahmepreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse - gut für die Landwirte, teuer für die Steuerzahler. Entwicklungsländern wurden faire Abnahmepreise z.B. für Kaffee, Kakao und Erze nicht zugestanden. Wir alle haben von fallenden Kursen für diese Güter profitiert. Das Gemeinwesen muss weltweit künftig solidarischer gestaltet werden.

Obwohl die bizarren Schwankungen von Waren- und Währungswerten selbst innerhalb eines marktradikalen Systems als obsolet erscheinen, gibt es doch wenig Bereitschaft, daran Grundsätzliches zu ändern. Denn mächtige weil finanzstarke Akteure verdienen daran. So ist George Soros reich geworden, indem er gegen die Bank of England spekuliert hat.

Dr. Hennig: Wenn die Japaner Staatsschulden vom 1,6-fachen des BSP tolerieren - was stört eigentlich die Europäer an Schulden, die das Maastricht-Kriterium übersteigen? Die Rückzahlung kann schließlich unendlich gestreckt werden. Und was hat die rot-grüne Koalition bewogen, Hedgefonds zuzulassen - waren die Politiker nur unfähig oder bestochen?

Teilnehmer: Gibt es eine wissenschaftliche Schuldenforschung? Wohin fließen die Geldströme, wenn sich die Staatsschulden erhöhen? Wer sind die Gläubiger des Staates?

Teilnehmer: Der Staat verschuldet sich bei den Sparern und Sparkassen, die nicht mehr bereit sind, die Investmentbanker zu refinanzieren. - Zur expliziten Staatsverschuldung von 60% des deutschen BSP muss noch das 3...4-fache an impliziten Schulden des Staates gegenüber Pensionären und Rentnern dazugerechnet werden, so dass wir defakto ähnliche Verhältnisse haben wie in Japan.

Umbach: Staatsschulden schränken den staatlichen Handlungsspielraum ein. Was aus dem Staatshaushalt an Zinsen zu zahlen ist, geht an öffentlichen Ausgaben verloren. Dabei spielt es eine große Rolle, ob ein Staat als verlässlicher oder unzuverlässiger Schuldner gilt. Während man den USA vertraut, muss z.B. Griechenland für aufgenommene Schulden als Risikoprämie weit höhere Zinsen zahlen als die USA.

Für die Zulassung von Hedgefonds durch Rot-Grün habe ich eine politische Erklärung: In

der SPD gab es einen wirtschaftsfriendlyen Flügel um Schröder und einen sozial orientierten um Lafontaine. Die Grünen setzten mit ihren Projekten Atomausstieg, Ökologische Steuerreform und Erneuerbare Energiengesetz Meilensteine und ließen ansonsten den SPD-Wirtschaftsflügel agieren, nachdem Lafontaine wegen mangelnder Mitgestaltungsmöglichkeiten ausgestiegen war. Zulassung von Hedgefonds folgte einer marktradikalen Ideologie, ohne dass man die Folgen eruiert hat.

Hennig: Der Atomausstieg wurde ohne jeden Sachverstand beschlossen. - Warum wurde in Maastricht die Verschuldung auf 60% BIP und die Neuverschuldung auf 3% BSP/a begrenzt?

Pürschel: Eine Debatte um Atomenergie würde uns vom Thema abbringen.

Umbach: Weil die südeuropäischen Länder ihre Wirtschaft durch Abwertung ihrer Währungen konkurrenzfähig hielten, bestand die Furcht, beim Zusammengehen mit diesen Ländern könnte die Stabilität der deutschen Währung leiden. Es wurde im Interesse bestimmter Kreise eine übertriebene Geldwertstabilität angestrebt. Die Erfahrung zeigt aber, dass allzu hohe Geldwertstabilität die Wirtschaft stranguliert und zu Arbeitslosigkeit führt. Mit mäßiger Inflation läuft die Wirtschaft im Interesse der Arbeitnehmer einfach besser, weil mit der Inflation auch bestehende Schulden abgewertet werden.

Sameiske: Psychologisch bedingte Schwankungen auf den Finanzmärkten haben nichts zu tun mit realwirtschaftlichen Werten. Die Kuh in Bützow gibt doch deswegen noch genauso Milch, mit Handys von Siemens kann man weiter telefonieren, auch wenn der DAX eingebrochen ist, kann weiter produziert werden. Könnte man nicht auf den Finanzmarkt verzichten und ein System installieren mit verlässlicher Wertaufbewahrungsfunktion?

Umbach: Im Finanzsektor kann heute schon mit Produkten gehandelt werden, die es noch gar nicht gibt, und es gibt mächtige Personen und Institutionen, die damit prächtig verdienen und sicher daran festhalten wollen. Trotzdem sollten der Finanzsektor und insbesondere die Möglichkeiten zur Spekulation zurückgefahren und auf die Bereitstellung von Mitteln für die Realwirtschaft konzentriert werden. - Allerdings ist eine absolute Wertaufbewahrungsfunktion auch in der Realwirtschaft ein prekäres Problem: Milchpreis und Futterkosten sind Variable, und der Wert einer Kuh hängt davon ab. Wenn die Kosten-Nutzen-Rechnung nicht mehr stimmt, wird die Kuh geschlachtet, obwohl sie noch Milch geben könnte. Oder das Problem mit Bilanzen: Soll darin der ursprüngliche Anschaffungswert oder der Wiederbeschaffungswert verrechnet werden?

Köhler: An Währungsstabilität sind offenbar die Vermögenden interessiert - nicht aber diejenigen, die Schulden haben. Mir ist aufgefallen, dass die von Ihnen gemachten Vorschläge weitgehend einer Erklärung der Linksfraktion des Bundestages entsprechen und mithin bereits Eingang gefunden haben in den politischen Prozess, den es zu unterstützen gilt.

Oswald: Ihre Sicht auf Zukunft ist betriebswirtschaftlich geprägt, und in dem Rahmen ist doch Gewinnmaximierung unumgänglich. Mir fehlen in Ihren Ausführungen bezüglich Geld die transzendenten und anthropologischen Aspekte.

Umbach: Dass Maximierung des Gewinns unumgänglich sei ist historisch widerlegt: Bis 1990 galt es, einen angemessenen - nicht maximalen - Gewinn zu erwirtschaften. Erst danach breitete sich z.B. die Geschäftspraktik aus, eine gut gehende Firma per Kredit mit minimalem Eigenkapital aufzukaufen, ihr den Kredit aufzuhalsen und sie dann verschlankt mit maximalem Gewinn wieder abzustoßen. Es geht um eine faire Aufteilung des BSP, die zwischen Arbeitnehmern, Managern und Kapitalgebern auszuhandeln ist. Es darf nicht sein, dass eine Seite das Maximum beansprucht, während die andere von dem gemeinsam erwirtschafteten nur einen kümmerlichen Rest erhält. - Die Faszination von Geld liegt darin, sich damit vieles leisten zu können - Geld als Vehikel zur Realisierung von Träumen, als Mittel zur Selbstbestätigung, das eine Eigendynamik entwickelt.

Teilnehmer: Ihre Behauptung, der Rheinische Kapitalismus habe Umweltschutz berücksichtigt, kann ich nicht nachvollziehen. - Aus der Zinsspirale folgt Wachstumszwang. Wolfgang Harich hat dafür plädiert, Konsum zuzumessen. Enthalten Ihre Zukunftsvorstellungen ein Genügsamkeitskonzept?

Umbach: Ja, aber es geht nicht mit Verordnen, nur mit Überzeugen. - Wachstumszwang resultiert u.a. aus dem Konkurrenzdruck, am Markt zu dominieren. Die Alternative - Marktaufteilung - bringt andere Probleme: Schlamperei, Kreativitätsverlust. Es kommt auf vernünftiges Austarieren an. Marx wäre demgegenüber eine abzulehnende Extremposition. Beim Zins kommt es auf die Höhe an: 3% als Preis für Liquiditätsverzicht ist normal, was mit 5...15% darüber hinausgeht ist als Wucher zu verwerfen.



WZFG e.V.
Berlin-Buch

Forschung für zukunftstaugliches Verhalten
Förderung regenerativer Energien
zukunftsorientierte Kulturarbeit
Öffentlichkeitsarbeit

WERKSTATT FÜR ZUKUNFTS-FORSCHUNG UND -GESTALTUNG (WZFG e.V.) auf dem Biomedizinischen Forschungscampus Berlin-Buch
Robert-Rössle-S. 10, 13125 Berlin-Buch

www.zukunfts-werkstatt.org / kontakt@zukunfts-werkstatt.org

Postanschrift: Dr. Pürschel, Hanns-Eisler-Str. 54, 10409 Berlin, T=030/4241718, F=42085416 p.